

**Landesförderinstitut
Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 16 02 55
19092 Schwerin**

Eingangsstempel

Antragsnr.:

	-			-					
--	---	--	--	---	--	--	--	--	--

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

ANTRAG

auf Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung von Klimaschutz-Projekten in nicht wirtschaftlich tätigen Organisationen (Klimaschutz-Förderrichtlinie-Kommunen)

Antrag bitte vollständig ausfüllen!

Bei bitte zutreffendes ankreuzen!

Hinweis:

Der Antrag auf Förderung ist beim **Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (Bewilligungsbehörde)** einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Der Antrag kann erst abschließend bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen.

Mit dem Vorhaben darf nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides oder vor Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen werden.

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Telefax

1.11 Rechtsform des Antragstellers

Kommunen, die mit dem geplanten Vorhaben wirtschaftlich tätig werden, nutzen bitte das Formular für eine Antragstellung nach der Klimaschutz-Förderrichtlinie-Unternehmen

- Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts Verband e. V.
 Stiftung sonstiges: _____

1.12 Der Antragsteller ist gemäß § 1 Abs. 2 VgG M-V an das Vergabegesetz gebunden.

- ja nein

1.13 Mit der vorliegenden Antragstellung bestätigen wir, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit vorgenommen wird, keine Einnahmen erzielt werden und keine Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt.

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Bezeichnung des Vorhabens

2.2 Standorteigentümer

Der Antragsteller ist Eigentümer des Projektstandortes

ja

nein Name des Eigentümers _____

2.3 Ein Nachweis des Standorteigentums bzw. des Nutzungsrechtes liegt dem Antrag als Anlage bei

- ja nein

2.4 Projektstandort
Straße

Nr.

Postleitzahl

Ort

2.5 Zeitliche Durchführung des Vorhabens (ohne Planung)

beantragter Beginn des Vorhabens (siehe auch Ziff. 6.2) (TT.MM.JJJJ)

voraussichtliches Ende des Vorhabens (TT.MM.JJJJ)

2.6 Gegenstand des zur Förderung beantragten Vorhabens

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Energieeinsparung/Verbesserung der Energieeffizienz (Abwärmenutzung, direkte Einsparung von Strom und Wärme) | <input type="checkbox"/> Innovative Projekte zur Nutzung von Energieeffizienzpotentialien und erneuerbarer Energien |
| <input type="checkbox"/> Investive Maßnahmen zum Einsatz regenerativer Energien zur Wärmenutzung (Solarenergie-nutzung, Nutzung von Biomasse, oberflächen-nahe und Tiefengeothermie) | <input type="checkbox"/> Vorplanungsstudien zur Vorbereitung von investiven Maßnahmen, Studien zum Aufbau lokaler, regenerativer Energieversorgungsstrukturen; Energiemanagementuntersuchungen |
| <input type="checkbox"/> Infrastrukturmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Speicherung von Wärme und Strom, Nahwärmenetze, Wasserstoff-Infrastrukturmaßnahmen) | <input type="checkbox"/> Planungsleistungen investiver Maßnahmen |
| <input type="checkbox"/> Einsatz alternativer nichtfossiler Kraftstoffe und Antriebe | |

2.7 **Projektbeschreibung** (bitte dem Antrag gesondert beifügen)

Die Projektbeschreibung muss Angaben zu folgenden Aspekten enthalten:

- Darstellung der Ausgangssituation
- abgeleitetes Ziel des geplanten Vorhabens
- Einordnung des zur Förderung beantragten Vorhabens in ein übergeordnetes Gesamtprojekt, sofern gegeben
- Abwägung von Realisierungsalternativen
- Auswahl und Beschreibung der technischen bzw. technologischen Lösung **mit Begründung**
- Beschreibung der geplanten Umsetzung des Projektes, ggf. mit grafischen Erläuterungen und unter Angabe von Projektabschnitten (Meilensteine)
- Darstellung vorgesehener Datenerfassungstechnik und Auswertungsmethoden
- Darstellung der angestrebten Emissionsminderungen (Tonnen CO₂ pro Jahr) und/oder Energiespareffekte sowie angestrebte, jährliche Wärme- und Elektroenergieeinsparung
- Amortisationsberechnung

2.8 Genehmigungssituation des beantragten Vorhabens

Besteht für das zur Förderung beantragte Vorhaben oder für das übergeordnete Gesamtprojekt eine Genehmigungspflicht

ja

nein

Bitte fügen Sie ergänzend zur Projektbeschreibung gem. Ziff. 2.7 des Antrags eine Kurzdarstellung der Genehmigungssituation bei. Erteilte behördliche Genehmigungen sind in Kopie dem Antrag beizufügen.

3. Ausgaben- und Finanzierungsplan des Gesamtvorhabens

3.1 Ausgaben nach Kalenderjahren

Die unter der nachfolgenden Ziff. 3.2 aufzulistenden Ausgaben/Investitionen verteilen sich wie folgt auf die Kalenderjahre (bitte die Angaben unter Ziff. 2.5 beachten)

Jahr	20____	20____	20____
geplante Ausgaben			

3.2 Zur Förderung beantragte Ausgaben/Investitionen
Die in der folgenden Ausgabenübersicht geforderten Angaben sind **nur** auf das zur Förderung beantragte Vorhaben zu beziehen. Die **einzelnen Ausgabenansätze** sind in einer **gesonderten Anlage zum Antrag differenziert zu untersetzen**. Beinhaltet das beantragte Vorhaben Hochbaubestandteile, so ist die Unter-
setzung für die zur Förderung beantragten Ausgabenansätze nach DIN 276 vorzunehmen.

Ausgabenansätze	Ausgaben in EUR ²⁾
Projektierungs- und Planungskosten	
Förderprojektbezogene Investitionsanteile in bauliche Anlagen/Baukonstruktion (KG 300 ¹⁾)	
Investitionen in technische Geräte und Anlagen (KG 400 ¹⁾)	
Investitionen in Infrastruktur (Wärmenetz, Speicher-/Wasserstoffinfrastruktur)	
Investitionen in Datenerfassungs-, Auswertungs- und Visualisierungssysteme	
Vorplanungsstudien/Gutachten/Analysen (i. S. Ziffern 2.6 oder 4.2 der Klimaschutz-Förderrichtlinie)	
Investitionssumme des zur Förderung beantragten Projektes	

- ¹⁾ im Sinne der Kostengruppen nach DIN 276 „Kosten im Hochbau“
²⁾ zuwendungsfähig sind **Bruttobeträge!**

3.3 Gesamtinvestition
Höhe des Gesamtinvestitionsvolumens, sofern das zur Förderung beantragte Vorhaben Bestandteil eines übergeordnetes Gesamtprojekt ist: _____ EUR

3.4 Finanzierung der **zur Förderung beantragten Ausgaben**
Ergänzend zur Projektbeschreibung gem. Ziff. 2.7 des Antrags sind entsprechend Ziff. 6.2 der Richtlinie die Bemühungen zur Ausschöpfung anderer Fördermöglichkeiten darzulegen. Das Ergebnis der Bemühungen ist zu benennen. An andere Einrichtungen gestellte oder geplante Anträge sind aufzulisten. Bereits vorliegende Zuwendungsbescheide sind in Kopie als Anlage zum Antrag beizufügen.
Die Verfügbarkeit der einzelnen Finanzierungsbestandteile ist durch entsprechende Nachweise zu belegen.

Finanzierungsbestandteile des zur Förderung beantragten Vorhabens	in EUR	in %
Eigenmittel		
öffentliche Kredite (z. B. KfW)		
förderprojektbezogene Zuwendungen anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts³⁾		
Bankkredite		
beantragter Zuschuss		
Gesamtfinanzierung (= Investitionssumme des zur Förderung beantragten Projektes)		

- ³⁾ bitte geben Sie separat ggf. auch weitere beantragte bzw. gewährte öffentliche Finanzhilfen für das Vorhaben an (wie z. B. Kofinanzierung)

4. Nachweis der Unterschriftsberechtigung/Projektvollmacht

4.1 zu vertretender Antragsteller Name (wie Ziff. 1.1 des Antrags)

Postleitzahl	Ort
--------------	-----

4.2 zur Förderung beantragtes Projekt Bezeichnung (siehe Ziff. 2.1 des Antrages)

4.3 Vertretungs-/Zeichnungsberechtigung Die in nachfolgender Übersicht aufgeführten Personen sind berechtigt, den Antragsteller für das unter Ziff. 4.2 benannte Projekt hinsichtlich des Antrags-, Bewilligungs-, Zahlungs- und Abrechnungsverfahrens rechtsverbindlich bzw. mit projektbezogener Handlungsvollmacht zu vertreten.
--

Rechtsverbindliche Vertretung des Antragstellers:

Name, Vorname	Dienstliche Stellung (z. B. Bürgermeister, Amtsvorsteher, Vorstand)	Zeichnungskompe- tenz ⁴⁾ (z. B. allein/ gemeinsam)	Unterschriftsprobe

⁴⁾ Zeichnungsberechtigung gem. Kompetenzvollmachten laut Verfassung, Satzung, Registereintrag u. ä.

Projektbezogene Handlungsvollmacht:

Name, Vorname	Dienstliche Stellung (z. B. Techn. Leiter)	Unterschriftsprobe

Bei Veränderung jeder Unterschriftsberechtigung ist der Bewilligungsbehörde unaufgefordert eine aktualisierte Ausfertigung dieses Formblattes vorzulegen. Diese Antragsseite ist entsprechend zu vervielfältigen.

Mit der vorliegenden Antragstellung bestätigen wir, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit vorgenommen wird und keine Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt (siehe Ziff. 1.12).

_____ Ort, Datum
_____ rechtsverbindliche Unterschrift/en


Stempel/Siegel des Antragstellers

5. Anlagen zum Antrag

- 5.1 Als entscheidungsrelevante Unterlagen werden stets benötigt:
- vollständig ausgefülltes und unterzeichnetes Antragsformular;
 - Nachweis des Eigentums- bzw. Nutzungsrechts des Projektstandortes;
 - aussagefähige Projektbeschreibung;
 - differenzierte Ausgabenübersicht;
 - behördliche Genehmigungen, soweit erforderlich;
 - Finanzierungsnachweise und Darstellung des Bemühens zur Ausschöpfung anderer Fördermöglichkeiten, Belege über die Förderung durch andere öffentliche Stellen;
 - Datenblatt Klimaschutzindikatoren.

Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag und zur Bemessung der Bewilligungshöhe bleibt der Bewilligungsbehörde weiterhin vorbehalten.

6. Hinweise/Erklärungen

- 6.1 Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir die Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung von Klimaschutz-Projekten in nicht wirtschaftlich tätigen Organisationen (Klimaschutz-Förderrichtlinie-Kommunen) vom 27.10.2014 zur Kenntnis genommen habe(n).
- 6.2 Ich/Wir erkläre(n), mit dem Vorhaben nicht vor Bewilligung der Zuwendung zu beginnen oder vor Genehmigung eines zu beantragenden vorzeitigen Vorhabensbeginns begonnen zu haben. Mir/Uns ist bekannt, dass als **Vorhabensbeginn** grundsätzlich der **Zeitpunkt des Abschlusses eines der Vorhabensausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages** gilt. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, planungsbezogene Bodenuntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (vgl. DIN 276 Kostengruppe 210) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck des Vorhabens.
- 6.3 Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen und beizufügenden Unterlagen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
- a) Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.1 bis 1.12),
 - b) Vorsteuerabzugsberechtigung (Ziffer 1.13),
 - c) Angaben zum Projekt und Projektstandort (Ziffer 2.1 bis 2.4),
 - d) Beginn und zeitliche Durchführung des Vorhabens (Ziffer 2.5),
 - e) Gegenstand des Fördervorhabens und Projektbeschreibung, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen (Ziffer 2.6 bis 2.7),
 - f) Angaben zur Genehmigungssituation des Gesamtvorhabens (Ziffer 2.8),
 - g) Angaben zum Ausgabenplan des Gesamtvorhabens (Ziffer 3.1 bis 3.2),
 - h) Angaben zur Gesamtfinanzierung, soweit sie als Tatsachen feststehen (Ziffer 3.4).
- 6.4 Mir/Uns ist bekannt, dass zu den subventionserheblichen Tatsachen solche gehören, von denen nach dem Verwaltungsverfahrenrecht (insbes. die §§48 bis 49a des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes) die Erstattung der Zuwendung abhängig ist.
- 6.5 Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wo nach subventionserhebliche Tatsachen ferner solche sind, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).
- 6.6 Mir ist/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt. Ich/Wir werde(n) der Bewilligungsbehörde entsprechend jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich anzeigen. Ich/Wir versichern auch davon Kenntnis zu haben, dass Tatsachen, die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung beschafften Gegenstandes beziehen, subventionserheblich sind (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 3 SubvG).
- 6.7 Ich/Wir erkläre(n), dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.
- 6.8 Ich/Wir erkläre(n), dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant und durchgeführt wird. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir alle gesetzlichen und im Zusammenhang mit der Gewährung der Zuwendung zu treffenden Festlegungen zur Vergabe von Leistungen beachten und einhalten werde(n). Die zu beachtenden Festlegungen im Zusammenhang mit der Gewährung der Zuwendung richten sich dabei nach Ziff. 6.1 der Klimaschutz-Förderrichtlinie.

- 6.9 Ich/Wir erkläre(n), dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist und von mir/uns kein Offenbarungseid geleistet wurde.
- 6.10 Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der „Europäische Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE) beteiligt und dass die Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (Abl. EU Nr. L 347, S. 320 ff vom 20. Dezember 2013) in Verbindung mit der VO (EU) 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. EU Nr. L 347, S. 289 ff vom 20. Dezember 2013) in Verbindung mit den dazu erlassenen Durchführungsverordnungen Anwendung findet.
- 6.11 Ich/Wir erkläre(n), dass das Vorhaben unter Beachtung und Einhaltung aller EU-Strukturfonds-Vorschriften zur Durchführung von Informations- und Publizitätsmaßnahmen für die Öffentlichkeit über den Einsatz von EFRE-Mitteln geplant und durchgeführt wird.
- 6.12 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir die Zuwendung zweckgebunden entsprechend dem festgelegten Verwendungszweck vornehmen werde(n). Mir/uns ist bekannt, dass bei Nichteinhaltung der zugrundeliegenden Zuwendungsvoraussetzungen oder bei Weitergabe der Zuwendung an Dritte eine Zweckentfremdung der Zuwendungsmittel vorliegt und hierauf ein ganzer oder teilweiser Widerruf des Bescheides mit der Rückzahlung der Mittel folgen kann.

6.13 Prüfrechte

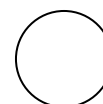
Zur Überprüfung der Zuschussberechtigung, der Einhaltung der geförderten Zweckbestimmung sowie der Richtigkeit der in Rechnung gestellten Ausgaben können durch die Bewilligungsbehörde Einsicht in die Bücher, Belege und sonstige mit dem Vorhaben in Zusammenhangstehende Geschäftsunterlagen verlangen sowie In-Augenscheinnahmen vor Ort durchführen. Ich/wir erkläre/n mich/uns bereit, entsprechende Prüfungen durch entsprechend autorisierte Prüfer zu gewähren. Unbeschadet dieser von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können auch Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission die Ordnungsmäßigkeit des geförderten und mit EU-Mitteln kofinanzierten Vorhabens vor Ort prüfen.

6.14 Hinweise zum Datenschutz

Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit meinen/unseren personenbezogenen Daten und zu meinen/unseren Rechten habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/en



**Stempel/Siegel
des Antragstellers**